



Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

	Seite		Seite
Die Gewerkschafter beim Reichskanzler	351	Kongresse. Konferenz der Vertreter der Ver-	
Gesetzgebung und Verwaltung. Die Sozialpolitik		bandsvorstände	355
und die Friedensverträge	353	Arbeiterversicherung. Mehr Ausgestaltung der	
Statistik und Volkswirtschaft. Die Verteuerung		Krankenkassen	357
von Handwerkszeug und Arbeitskleidung	354	Literarisches. Angestellten- und Invalidenver-	
Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften	354	sicherung	358
		Mitteilungen. Für die Verbandsexpeditionen. — Unter-	
		stützungsvereinigung	358

Die Gewerkschafter beim Reichskanzler.

Die Aussprache über die innere Lage auf der Konferenz der Vorstandvertreter führte zu dem Beschluß, eine Deputation zum Reichskanzler zu entsenden, um diesem über die Stimmung und Wünsche der Arbeiter und die Zustände im Lande direkt zu berichten. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufsgruppen und Gegenden des Reichs wurden mit der Vertretung der Gewerkschaften beauftragt: Meißche-Altenburg, Vorsitzender des Verbandes der Gutmacher; Paepelow-Hamburg, Vorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes; Schmidt-Berlin, Vorsitzender des Deutschen Lederarbeiterverbandes; Thomas-Frankfurt a. M., Vorsitzender des Verbandes der Dachdecker; Walbeder-Bochum, 2. Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter, und Legien-Berlin, Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Der Empfang fand am Donnerstag, den 12. September, nachmittags 5½ Uhr, statt und nahm nahezu zwei Stunden in Anspruch.

Als Sprecher der Delegierten führte der Centralvorsitzende des Dachdeckerverbandes

Thomas-Frankfurt a. M. folgendes aus: Die Entsendung der Delegation beweise, daß die deutsche Arbeiterschaft noch einen Rest von Vertrauen zur Regierung habe, wenn auch fast das gesamte Volk durch die innerpolitischen Ereignisse der letzten Wochen erschreckend mutlos geworden sei. Die Vertreter der deutschen Arbeiterklasse könnten nicht mehr länger mit ansehen, wie das Volk von Stufe zu Stufe wirtschaftlich sinke. Zunächst sei die Ernährungsfrage auf einem Tiefpunkt angekommen. Die Mengen, die gewissenlos der Volksernährung entzogen würden, würden immer größer und gingen ins Ungemessene. Auf legalem Wege werde immer weniger verteilt. Auch die Schwerarbeiter müßten Wucherpreise zahlen. Immer allgemeiner werde um jeden Preis und ohne jede Rücksicht gekauft. Dadurch würden gerade die Menschen um die Lebensmittel gebracht, die sie am nötigsten brauchen. Die Körperkräfte der Arbeiter nähmen besorgniserregend ab. Die Arbeiter wollten nicht länger hungern, da auch die Reichen nicht hungerten. Die Regierung müsse unbedingt gegen die

Schleichhändler in schärfster Weise vorgehen, alle Lebensmittel erfassen und dem gesamten Volke zugänglich machen, die fleischlosen Wochen aufheben und mehr Kartoffeln geben.

Gänzlich unverständlich sei die verrückte Preisgestaltung für Schuhe, Wäsche und Kleider. Hier herrsche allgemein der unverschämteste Wucher, hier sähen die eigentlichen Landesverräter, die das deutsche Volk vor den wirtschaftlichen Zusammenbruch führten. Die Regierung müsse den Arbeitern Sachen zur Verfügung stellen wie den Soldaten.

Um die Unterernährung zu paralyisieren, müsse die Arbeitszeit eingeschränkt werden. Das könne geschehen, ohne daß die Industrie weniger leistungsfähig wird. Arbeitervertreter, Kriegsämter und Unternehmer müßten gemeinsam das Problem lösen. Aber in jedem Falle müsse sich Deutschland eine arbeitsfähige Arbeiterschaft erhalten.

Alle wirtschaftlichen Nöte würden verschlimmert durch die unsichere schwankende Politik im Innern. Die Regierung Hertling habe die erhoffte Stetigkeit nicht gebracht. Die Empörung über die unschlüssige Haltung in der Wahlrechtsfrage sei zur Siedehitze gediehen. Grimmig erbittert wende sich das Volk von der Komödie im Herrenhaus ab. Die Regierung müsse endlich ein Nachwort sprechen, den Landtag auflösen und das Kaiserwort wahrmachen.

Die Maßnahmen der Generalkommandos auf dem Gebiete der Zensur und des Belagerungszustandes lasteten schwer auch auf den Gewerkschaften und ihrer Presse. Bei manchen Generalkommandos herrsche äußerstes Mißtrauen gegen die Gewerkschaften, nahezu sozialistengesetzlicher Geist.

Zum Schluß forderte der Redner eine klare und unumwundene Absage an die Alldeutschen und die Annexionenpolitiker. Das Volk wolle restlose Klarheit, unabhängig von der jeweiligen Kriegslage. Gerade jetzt, wo der feindliche Durchbruch verhindert und eine Ermattung der feindlichen Heerschaaren eingetreten sei, sei die beste Zeit, sich unzweideutig auf den Verständigungsfrieden festzulegen. Gerade die es mit der Verteidigungspflicht ernst meinten, wollten durch eine freundliche Geste und ein klares Wort die

gibt einleitend eine kurze Uebersicht über die Literatur, die sich mit Marx beschäftigt, schildert dann die Persönlichkeit Marx und sein Freundschaftsverhältnis zu Engels und führt danach den Leser in die Weltanschauung des Freiheitstämpfers ein, der vom Idealismus, von Kant und Fichte genährt, über Hegel und Feuerbach zum historischen Materialismus und Positivismus, über St. Simon zum Sozialismus gelangte und glühender Revolutionär wurde. Daran schließt sich eine wissenschaftliche Einführung in den historischen Materialismus an der Hand der Marxschen Schriften und eine Würdigung der Klassenkampfidee, die beide ihren glänzendsten Ausdruck im kommunistischen Manifest gefunden haben. So treffend Margens Kritik am Kapitalismus, so genial seine Voraussicht der ökonomischen Entwicklung war, die Klassenkampftheorie habe sich aber nach Wilbrandt als zu eng für den Sozialismus erwiesen, der nicht bloß Klasseninteresse, sondern Gesamtsache sei. Die Partei als Klasse sei ein innerer Widerspruch, sie sei Gesamtschutzvertretung. Die Sozialdemokratie aber stand abseits, da sie nicht mizählen wollte in Gesamtsfragen. Das Bekenntnis der Sozialdemokratie vom 4. August 1914 zum Staat und zur Treue in der Stunde der Gefahr bucht Wilbrandt als Abfall vom Klassenkampfgedanken und als Sieg des praktischen Sozialismus.

Ein weiteres Kapitel ist der kritischen Leistung Marx' gewidmet. In der Kritik der bürgerlichen Wissenschaft lag ja seine Stärke. Die große Leistung Marx' erkennt Wilbrandt in der Entwicklung des Sozialismus vom Sozialismus als Traum zum Sozialismus als Erkenntnis, dem nunmehr der Sozialismus als Tat folgen müsse.

Prof. Wilbrandt ist weder Marxist noch Sozialdemokrat, aber er hat als warmer Freund des Sozialismus und aus ehrlicher Anerkennung der großen wissenschaftlichen Bedeutung Karl Marx' geschrieben, und das wirbt seinem Buche auch in Arbeiterkreisen sicherlich Freundschaft und Anerkennung.

Das Buch „Karl Marx“ von M. Beer, das mit einer Reihe guter Bilder ausgestattet ist, gibt sich als Monographie. Es ist aber mehr als eine Lebensbeschreibung, denn es enthält auch eine vollständige Einführung in die Marxsche Weltanschauung und in Marx' ökonomische Lehren. Immerhin ist der Persönlichkeit und der Lebensentwicklung Marx' der Hauptteil des Buches gewidmet. Mit großer Liebe begleitet der Verfasser den jungen Marx vom Elternhaus bis zu seinem Eintritt in die Welt des wissenschaftlichen und politischen Kampfes. Er schildert seine Revolutions- und seine Londoner Exilzeit, sein Wirken für die Internationale und seinen durch wissenschaftliche Arbeit und Krankheit ausgefüllten Lebensabend. Das Schlusskapitel, in dem das Marxsche System erläutert wird, die materialistische Geschichtsauffassung, die Taktik und Ziele der Arbeiterbewegung und die Grundzüge der ökonomischen Lehren Marx' ist der wertvollste Teil des ganzen Buches und darf für Arbeiterleser besonders empfohlen werden. Das Buch ist vom Verlag für Sozialwissenschaft in Berlin herausgegeben worden.

Im selben Verlag ist auch das Buch des Arbeitersekretärs Hermann Müller: „Karl Marx und die Gewerkschaften“ erschienen. Es behandelt auf Grund der Marxschen Lehren das Verhältnis des Arbeiters zum Kapital, worin dargelegt wird, daß Arbeitslohn und Kapitalprofit in umgekehrtem Verhältnis zueinander stehen und daß zwischen Kapital und Arbeit keine Interessengemeinschaft vorhanden sein kann, die Ausbeutung des Arbeiters, die Entfremdung des Mehrwertes und des Profites sowie die Stellung der Gewerkschaften zur Lohnarbeit. An

diese Einführung schließt sich eine kurze Schilderung des Wirkens von Marx und Engels auf organisatorischem Gebiete, sowohl in der Revolutionszeit als auch in der Internationale, in der er ganz besonders für die Gründung von Gewerkschaften eintrat. Im weiteren gibt Müller eine reiche Auslese aus Marx' Schriften über die Berechtigung und Aussichten der Gewerkschaften, die für jeden in der gewerkschaftlichen Agitation Tätigen unmittelbares Interesse bieten. Die Stellung Marx' zur Sozialpolitik wird durch sein Eintreten für die Fabrikgesetzgebung und den gesetzlichen Zehnstundentag gekennzeichnet. Die Verelendungstheorie, wie sie im „Kommunistischen Manifest“ zum Ausdruck gelangt, kann nur als Reflex der trostlosen Zustände des englischen Proletariats in den 40er Jahren aufgefaßt werden. Später sei Marx zu anderen Auffassungen gekommen und habe selbst in seinem „Kapital“ mit der Verelendungstheorie endgiltig aufgeräumt. Im Schlusskapitel erörtert Müller die Frage: Revolution oder praktische Arbeit. Er weist darauf hin, daß Marx und Engels selbst nach dem Fehlschlagen der 1848er Revolution sich von der Revolutionsphantasie abgewandt und der praktischen Organisationsarbeit zugewandt haben. Trotzdem hofften sie auf eine große Revolution, in der die modernen Produktivkräfte mit den bürgerlichen Produktionsformen in Widerspruch geraten und diese Formen sprengen würden. Auf diese Stunde bereitete er die Arbeiterklasse vor. In dieser Revolution befänden wir uns aber bereits und die praktische Gewerkschaftsarbeit habe nicht nur Gegenwarts-, sondern auch Zukunftswert. Marx wie Engels waren der Meinung: Revolutionen könne man nicht „machen“, wohl aber könne und müsse das Proletariat durch seine Organisationen jederzeit praktische Arbeit verrichten zur Hebung der Arbeiterklasse. Das Müllersche Buch ist jedem Gewerkschaftler zu empfehlen.

Mitteilungen.

Quittung

über die im Monat August 1918 bei der Generalkommission eingegangenen Beiträge:

Verh. d. Transportarbeiter für 3. u. 4. Quartal 1917	5712,85 Mk
„ „ Glaser für 1. Quartal 1918	80,98 „
„ „ Textilarbeiter f. 1. Quart. 1918	2998,— „
„ „ Maschinisten und Heizer für 1. und 2. Quartal 1918	841,50 „
„ „ Gemeinbearbeiter f. 2. Qu. 1918	1614,06 „
„ „ Schiffszimmerer f. 2. Qu. 1918	87,50 „
„ „ Tapezierer für 2. Quart. 1918	116,66 „
„ „ Chorsänger für 1918	509,— „

Berlin, den 1. September 1918.

Hermann Kube.

Gewerkschaftsbeamter gesucht.

Zur Führung der Geschäfte in der Verwaltungsstelle Groß-Berlin sucht der Deutsche Eisenbahner-Verband einen tüchtigen Beamten zum möglichst baldigen Antritt.

Bewerber wollen sich unter Angabe ihrer bisherigen Tätigkeit und ihrer Gehaltsansprüche nebst einer schriftlichen Arbeit über die Aufgaben eines Verwaltungsbeamten im Deutschen Eisenbahnerverband bis spätestens 25. September 1918 beim Unterzeichneten melden.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes

L. Brunner

Berlin SO. 26; Bethanien-Ufer 10.

kanzler die Wünsche und Beschwerden der von ihnen vertretenen Arbeiterkreise eingehend dar. Der Reichskanzler dankte den Herren der Abordnung für ihre vertrauensvolle Offenheit und behandelte im Anschluß daran den allgemein-politischen Teil der von den Gewerkschaftsführern erörterten Gegenstände. Die antwesenden Staatssekretäre und der Vertreter des Kriegsamtis fügten seinen Erklärungen die Auskünfte über diejenigen Angelegenheiten hinzu, die ihre Arbeitsgebiete berührten. Die Erörterung weiterer Einzelheiten wurde späteren Besprechungen der Gewerkschaftsführer mit den Ressortchefs vorbehalten."

Gesetzgebung und Verwaltung.

Die Sozialpolitik und die Friedensverträge.

Die Reichsregierung hat nunmehr eine Reihe von Zusatzvereinbarungen zum Vrestier Frieden veröffentlicht, die sich auf die Abtrennung Ostlands und Livlands, sowie auf verschiedene wirtschaftliche Fragen beziehen. Genau so wie bei den Friedensverträgen von Brest und Bukarest sind die Arbeiterforderungen wieder unberücksichtigt geblieben und wir stehen vor der Tatsache, daß die deutsche Regierung, die für ihre Auslandspropaganda sich seit vielen Jahren gerne auf die deutsche Sozialreform beruft, eine vollständige Verständnislosigkeit gegenüber der Notwendigkeit internationaler Vereinbarungen auf diesem Gebiete an den Tag legt. Ganz mit Recht erklärt die „Soziale Praxis“ bei ihrer Kritik dieser Haltung der Reichsregierung:

„Wir glauben nicht, daß die Reichsregierung bei der Arbeiterschaft noch ein so großes Kapital von Vertrauen zu verwirtschaften hat, daß sie es sich leisten kann, sie nicht nur bei großen Gelegenheiten wie der preussischen Wahlreform, sondern auch bei kleineren durch Zusagen, deren Erfüllung verschleppt wird, zu verstimmen. Im vorliegenden Falle hätte sie ein Entgegenkommen nichts gekostet als etwas guten Willen. Diesen hätte sie selbst dann aufbringen können, wenn sie — fälschlich — in den sozialpolitischen Vereinbarungen mit der Sowjetrepublik nur eine Demonstration für einen großen Menschheitsgedanken hätte erblicken wollen.“

Der große Menschheitsgedanke findet allerdings kein besonderes Verständnis bei einem großen Teile unserer Regierungsbureaucratie, und die Besprechungen, die der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr v. d. Busche dem Deutschen Reichstage seinerzeit machte und auf die sich die „Soz. Pr.“ beruft, erweisen sich als nichts weiter denn eine schöne Geste. Bei der Abteilung des Auswärtigen Amtes, die für derartige Wirtschaftsfragen zuständig ist, haben wir trotz der entgegenkommenden Haltung des Herrn Unterstaatssekretärs überhaupt nicht auf Verständnis für die Berechtigung von Arbeiterforderungen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Diplomatie zu rechnen. Der erste und einzige Fall, bei der wir einen Vertreter jener Abteilung des Auswärtigen Amtes offiziell über diese Sache sprechen hörten, belehrte zur Genüge darüber, daß die Frage der Regeneration der Volkskraft nach dem blutigen Aderlaß dieses Krieges für jenes Ressort kein Interesse hat. Und das Reichswirtschaftsamt, das für diese Fragen zuständig ist, hat anscheinend immer noch nicht die Zeit gefunden, sich mit dem Problem genügend vertraut zu machen. Darauf deutet der an leitender Stelle dieser Nummer wiedergegebene Ausspruch des Herrn

Staatssekretärs v. Stein, wonach unsere sozialpolitischen Forderungen zum Friedensvertrag zwar nicht vergessen, wegen der großen Eile der russischen Zusatzverträge aber nicht berücksichtigt werden konnten. Nun wurde das sozialpolitische Friedensprogramm der Gewerkschaften im November 1917 der Reichsregierung übermittelt, im Anschluß an den Ostfrieden fand eine Besprechung der Angelegenheit im Reichswirtschaftsamt statt und kurz darauf verhandelte der Reichstag in der gleichen Frage. Die Zusatzverträge wurden aber erst im August 1918 fertiggestellt. Etwa 9 Monate hat die Regierung Zeit gehabt; ihr war Gelegenheit geboten, sich über die Frage schlüssig zu werden, weit bevor der Ostfrieden und die jetzigen Zusatzverträge feste Gestalt anzunehmen begannen. Und doch spricht der Staatssekretär von der „großen Eile“ dieser anderen Fragen, die eine Zurückstellung der einen großen Frage bedingte, die nicht nur für breite Massen des deutschen Volkes, sondern für die Zukunft Deutschlands und Europas entscheidend wird. Fast könnte man den Herrn Staatssekretär für einen Zyniker halten, wenn man nicht längst Anlaß zu der Vermutung hätte, daß es dieser Regierung an einer ernstlichen sozialpolitischen Aktion auf internationalem Gebiete nicht gelegen ist.

Zustimmung findet die Haltung der Regierung selbstverständlich bei der „Deutschen Arbeiterzeitung“, jenem Blatte, das der Fortentwicklung der deutschen Sozialpolitik immer den erbittertsten Widerstand leistete und nun darum bangt, daß seinen verächtlichsten antisozialen Argumenten durch einen großzügigen internationalen Vorstoß beim Friedensschluß der Boden entzogen wird. Das wäre freilich der Uebel größtes, wenn dieses bornierte Scharfmacherblatt künftig nicht jeden kleinsten sozialpolitischen Fortschritt mit dem Hinweis auf das „rückständige“ Ausland bekämpfen könnte, das nicht die gleiche sozialpolitische Belastung zu tragen habe, und daher die Konkurrenz mit dem deutschen Unternehmer leichter bestehen könne! Aber es hat bereits das neue Schema fertig. Jetzt heißt es: „Wer Sozialpolitik betreiben will, muß vor allem dafür sorgen, daß die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen dafür vorhanden sind . . . Wie soll Deutschland seine Sozialpolitik weiter führen, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen hierfür fehlen, d. h. wenn unsere Feinde den Wirtschaftskrieg wirklich durchführen wollen?“ Also, nicht mehr die sozialpolitische Rückständigkeit des Auslandes, die wir durch die internationalen Verträge beim Friedensschluß beseitigen wollen, steht der Weiterführung der deutschen Sozialpolitik im Wege, sondern der viel leicht von unseren Feinden einmal beabsichtigte Wirtschaftskampf. Und als Kronzeuge läßt die „Arbeitgeberzeitung“ ihren „Sozialdemokraten“ Calwer aufmarschieren, der ihr u. a. auch Argumente gegen die Sozialreform gelegentlich geliefert haben soll.

Das Vergnügen gönnen wir der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ gern. Aber wir können ihr nicht gestatten, den Streitpunkt zu verschieben. Sie behauptet einfach, daß wir eine Arbeitervertretung bei den Friedensverhandlungen fordern, eine solche der Arbeitgeber aber ablehnen: Es sei „eben die alte in Gewerkschaftskreisen vertretene Anschauung, daß Sozialpolitik nicht mit den Arbeitgebern, sondern gegen die Arbeitgeber betrieben werden muß.“ Und das zu schreiben, erlaubt sich ausgerechnet das Unternehmerorgan, das noch niemals eine sozialpolitische Maßnahme befürwortet,

Kriegszeit abgefürzt sehen. Auch dürften beim Friedensschluß die internationalen sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften nicht wieder einfach vernachlässigt werden.

Die größte Sorge um die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft, um die Lebensfähigkeit der deutschen Arbeiter habe die Arbeitervertreter hergeführt. Nur energische Taten der Regierung könnten helfen, die jetzigen schwierigen Zeiten zu überstehen.

Für die Regierung antwortete Reichskanzler Graf Hertling: Die politische Reichsleitung sei mit der obersten Heeresleitung vollkommen einig im Erstreben des Verständigungsfriedens. Der Krieg werde nicht eine Minute länger dauern, als zur Verteidigung unbedingt notwendig. Die bisherigen Friedensangebote Deutschlands seien leider höhnlachend zurückgewiesen worden. Noch vor vierzehn Tagen habe wüster Chauvinismus die ganze feindliche Presse beherrscht. Trotzdem hoffe er zuversichtlich, daß wir dem Frieden näher seien als man allgemein glaube. Jedenfalls seien Reichsregierung und Heeresleitung einmütig gegen jede Eroberung; darüber bestünden keine Meinungsverschiedenheiten und seien keine Befürchtungen nötig. — Zum allgemeinen Wahlrecht könne er nur wiederholen, daß er damit stehe und falle. Er wundere sich, daß seine Worte bezweifelt würden. Man müsse doch begreifen, daß die bisher maßgebenden Parteien durch die Wahlreform beunruhigt seien. Auch das Herrenhaus habe seine verfassungsmäßigen Rechte. Aber deswegen weiche er nicht einen Schritt vom gleichen Wahlrecht ab, und sobald feststehe, daß darauf keine Verständigung zu erzielen sei, sei er sofort zur Auflösung entschlossen.

Staatssekretär Wallraf gab Mißgriffe im Vereins- und Versammlungsgesetz und im Zensurwesen zu. Er erbat sich die Vorlegung des Materials. In der nächsten Woche fänden mit den einzelnen Generalkommandos neue entscheidende Besprechungen statt.

Staatssekretär v. Waldow bedauerte, daß die Verspätung der Ernte noch keine Uebersicht zulasse. Schärfere Mittel zur Erfassung der Lebensmittel stünden nicht zu Gebote. Der Schleichhandel in kleinen Mengen komme auch den Arbeitern zugute und lasse sich kaum unterdrücken. Die Körnerernte sei wohl um 15 Proz. besser als im Vorjahr, die Kartoffelernte mutmaßlich schlechter. Die Versorgung der Industrie werde vom 1. Oktober an besser werden. Die Wiederherstellung der vollen Brotration trete bestimmt ein. Eine Erhöhung der Kartoffelration könne er nicht in Aussicht stellen, da das ungünstige Wetter die Ernte beeinträchtigt und Eisenbahnen und die Gemeinden mit größeren Mengen unüberwindliche Transportschwierigkeiten hätten. Die fleischlosen Wochen müßten beibehalten werden, um die Milch- und Fettversorgung nicht zu gefährden. Eine allgemeine Verbesserung der Ernährung*) könne er leider nicht in Aussicht

*) Gegenüber den Berichten, die über diese Ausführungen in die Presse gelangt sind, ist von offiziöser Seite Widerspruch erfolgt. Es wird bestritten, daß Staatssekretär v. Waldow sich auf den Standpunkt gestellt habe, daß er eine Erhöhung der Rationen nicht in Aussicht stellen könne. Sein Bescheid in diesem Punkte sei vielmehr dahin gegan-

stellen. Aber ganz bestimmt werde sie nicht schlechter werden.

Staatssekretär v. Stein schilderte die Schwierigkeiten der Bekleidungsfrage. Die Ersatzmittel müßten auch für die Arbeiterbekleidung ausgenutzt werden. Die Gewerkschaftsforderungen zum Friedensvertrag hätten bei den Verhandlungen mit Rußland infolge der besonderen Lage und der gebotenen Eile zurückgestellt werden müssen, seien aber nicht vergessen. Für die künftigen Friedensunterhandlungen sei das deutsche Sozialgesetz für die internationale Sozialgesetzgebung fertig ausgearbeitet. Die internationalen Arbeiterschutzverträge würden nicht vergessen werden.

Oberst Braun vom Kriegsamt versicherte, die Frage der Arbeitszeitverkürzung werde ernsthaft geprüft. Sie werde überall sofort durchgeführt, wo es ohne Produktionsausfall möglich sei. Im Bergbau sei sie freilich gänzlich ausgeschlossen.

Reichstagsabg. Legien entgegnete, bei den hoffnungslosen Auskünften über die Ernährungsfrage sei die bisherige Arbeitszeit nicht länger durchzuführen. Er ging dann auf die Verdächtigungen der Gewerkschaften durch das Stellvertretende Generalkommando des 6. Armeekorps ein.

Dann schloß Reichskanzler Graf Hertling die Zusammenkunft mit Worten des Dankes für die hoffentlich nutzbringende Aussprache.

Der vom WTB verbreitete offiziöse Bericht über die obigen Besprechungen hat folgenden Wortlaut: „Gewerkschaftsführer beim Reichskanzler.“

Der Reichskanzler hat gestern nachmittag eine Abordnung von sechs Gewerkschaftsführern zu einer längeren Aussprache über die wirtschaftliche und politische Lage empfangen. Die Abordnung bestand aus den Herren Legien-Berlin, Waldecker-Buchum, Thomas-Frankfurt am Main, Schmidt-Berlin, Paepow-Hamburg und Meißche-Altenburg. Der Besprechung wohnten die Staatssekretäre Wallraf, v. Waldow, Freiherr v. Stein und je ein Vertreter des Kriegsministeriums und des Kriegsamts bei. Die Gewerkschaftsführer legten dem Reichs-

gen, daß er vor Oktober nicht in der Lage sei, diese Frage entscheidend zu beantworten. Weil er auf diesem Standpunkt stehe, habe Herr v. Waldow auch die Frage, ob eine Erhöhung der Kartoffelration auf 10 Pfund für die Person und die Woche möglich sei, nicht beantworten können.

Diesen Angaben wird noch hinzugefügt, daß man im Kriegsernährungsamt auf dem Standpunkt stehe, im Winter solle mit den Körnernährmitteln zurückgehalten werden. Das Programm gehe dahin, daß man sich zunächst an die Kartoffeln halten müsse, weil erfahrungsgemäß bisher in den großen Lagern der Städte gegen das Frühjahr gewisse Abgänge durch Verderben zu verzeichnen waren. Würden die dem Verderben nicht ausgesetzten Nahrungsmittel zunächst aufgespeichert und durch den stärkeren Verbrauch von Kartoffeln diese Lager schneller entlastet, so würden sich dadurch erhebliche Nahrungsmittelwerte erhalten lassen. Nach den vorliegenden Beobachtungen sei eine gute Mittelernte an Kartoffeln zu erwarten, die sich, wenn bald wärmeres und trockenes Wetter eintrete, noch zu einer recht guten Ernte steigern könne.

Der Vorstand des Steinarbeiterverbandes hat auf seinen Antrag beim Kriegs-ernährungsamt, die Steinarbeiter als Schwerstarbeiter anzuerkennen, unter dem 5. September folgende Antwort erhalten:

„Derartigen Forderungen kann die Centralstelle nicht nachkommen, sie muß das Urteil über Art, Schwere, Bedeutung der Arbeit und ähnliche Gesichtspunkte den Kommunalverbänden überlassen. Ich erkenne aber an, daß gerade die Steinarbeiter im allgemeinen unter sehr ähnlichen, Kräfte verbrauchenden Bedingungen, arbeiten und bin deshalb bereit, in Einzelfällen begründeten Beschwerden über Verteilung der Schwerstarbeiterzulagen auf die zuständigen Kommunalverbände entsprechend einzuwirken.“

Der Jahresbericht des Transportarbeiterverbandes für das Jahr 1917 ist soeben erschienen. In 15 335 Versammlungen und Zusammenkünften wurden 28 744 neue Mitglieder gewonnen, 13 418 mehr als im Jahre 1916. Die Mitgliederzahl stieg von 58 597 auf 64 725. Zum ersten Male seit Gründung des Verbandes überwiegt die Zahl der weiblichen Neuaufnahmen die der männlichen, an ersteren sind 14 983, an letzteren 14 027 zu verzeichnen. Der Krieg hat der Frauenarbeit auch in diesem Gewerbe in weitestem Umfange Bahn gebrochen, wir finden jetzt unter den Mitgliedern des Verbandes weibliche Lagerarbeiter, Bäcker, Hausdiener, Markthelfer, Fahrstuhlführer, Einkassierer, Aufscher, Mitfahrer, Bierfahrer, Kellerarbeiter, Expeditions- und Speichereiarbeiter, Kohlenarbeiter und Hafnarbeiter, Kaiarbeiter und Kranführer, Straßenbahnführer und Schaffner, Postausshelfer und noch andere Branchen mehr. Das Jahr 1917 war für den Verband ein Jahr intensivster Arbeit für die wirtschaftliche Besserstellung der Berufsgenossen. Nicht weniger als 1206 Lohnbewegungen wurden in 3646 Betrieben für 109 878 Beteteiligte geführt. Angriffsweise wurden 1196 Bewegungen geführt, ohne daß es zur Arbeitseinstellung kam, nur ein Abwehrstreik wurde geführt. Gegen das Vorjahr wurden 451 Angriffsbewegungen mehr geführt. Auch eine Aussperrung, die erste in der Kriegszeit, wurde mit vollem Erfolg abgewehrt. Von allen 1206 geführten Bewegungen ist 1917 nur eine einzige gänzlich erfolglos geblieben, alle anderen Bewegungen haben zum größeren Teile mit vollem, zum kleineren Teile mit teilweisem Erfolg geendet. Dieser glänzende und seit Bestehen der Organisation einzig dastehende Abschluß der Lohnbewegungen ist nächst der strammen und ausdauernden Arbeit der Mitglieder des Arbeitereschutzbestimmungen des Hilfsdienstgesetzes zu danken, die in kritischen Fällen immer die Möglichkeit boten, selbst die hartgefottnen Unternehmer vor die Kriegsausschüsse und Schlichtungskommissionen zu zitieren und sie dort zu Verhandlungen zu zwingen. Das dankt die Arbeiterschaft lediglich dem Weitblick und der Energie unserer gewerkschaftlichen Abgeordneten, die, als das Gesetz geschaffen wurde, mit allem Nachdruck auf die Einfügung genannter Schutzbestimmungen bestanden. Die wöchentlichen Lohnzulagen bewegten sich 1917 bis zur Höhe von 42 Mk. pro Woche. Die Bewegungen des Jahres 1917 haben außerdem für 5683 Beteiligte eine Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{2}$ bis 6 Stunden pro Woche gebracht. Dann für rund 47 000 Personen die Erhöhung der Bezahlung für Ueberstunden bis 50 Proz., Entschädigung für Sonntagsarbeit für 20 000 Personen. Dazu kommt eine große Reihe kleinerer Vorteile.

Dank der geringen Ausgaben für Lohnbewegun-

gen konnten sich auch die Finanzen des Verbandes etwas erholen. Trotzdem durch die Hauptkasse 358 416 Mk. in den verschiedenen Unterstützungsarten an die Mitglieder zurückgezahlt wurden, konnte ein Vermögenszuwachs von 107 118 Mk. erzielt werden. Die Hauptkasse des Verbandes verfügte am Schlusse des Jahres 1917 über einen Kassenbestand von 1 152 693 Mk., die Ortskassen über einen solchen von insgesamt 434 136 Mk.

Kongresse.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 10. und 11. September fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die sich mit dem Bericht der Generalkommission, mit dem Volksbund für Freiheit und Vaterland und mit verschiedenen Gewerkschaftsfragen zu beschäftigen hatte. Dem gedruckt vorliegenden Bericht der Generalkommission entnehmen wir folgendes:

Der § 153 der Gewerbeordnung ist gemäß der Zusage der verbündeten Regierungen aufgehoben worden. Die letzteren haben auch dem Reichstag einen Arbeitskammer-Gesetzentwurf vorgelegt, der indes nicht den Anforderungen der Arbeitnehmerchaft entsprach. Die Gewerkschaftszentralen haben einen ihren Wünschen entsprechenden Arbeitskammer-Gesetzentwurf ausgearbeitet, den die Arbeitervertreter in der Reichstagskommission einbrachten. Die Kommission hat sich für örtlich begrenzte Arbeitskammern sowie für besondere Arbeitnehmerabteilungen gemäß dem Gewerkschaftsentwurf erklärt, sie beschloß weiterhin, die im Hilfsdienstgesetz enthaltenen Vorschriften über Arbeiterausschüsse in das Arbeitskammergesetz aufzunehmen. Ein Unterausschuß soll diese Beschlüsse in die Vorlage hineinarbeiten.

Die Bestimmungen über Entschädigung der wegen Kohlenmangels feiernden Arbeiter sind in ihrer Geltung bis zum 30. September d. Js. verlängert worden.

Die Einrichtungen des Hilfsdienstes zur Beilegung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis scheinen allmählich besser zu funktionieren, denn die Zahl der Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen ist geringer geworden. Weniger befriedigend gestaltet sich die Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts, da die Verordnungen einzelner stellvertretender Generalkommandos noch immer das Verständnis für gewerkschaftliche Bedürfnisse vermissen lassen. Besonders sind im 6. Armeebezirk Breslau die die Gewerkschaftsarbeit hindernden Verordnungen trotz der Beschwerden beim Reichskanzler, Kriegsminister und Kriegsamt beibehalten worden, wodurch die Arbeiterschaft zu Arbeitseinstellungen gereizt wurde. Die Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien gaben zu Verhandlungen in Berlin Veranlassung; der Verlauf dieser Streikbewegungen wird in dem Bericht eingehend dargelegt. Die Gewerkschaften standen dem Ausbruch dieser Bewegung fern, haben aber alles zu ihrer Beilegung aufgeboten.

Die Ernährungsverhältnisse waren nicht ungünstiger als im Vorjahr, aber die Wirkungen von vier Kriegsjahren machen sich immer nachteiliger bemerkbar, weshalb die Generalkommission bei Verhandlungen mit amtlichen Stellen für eine Erhöhung, statt der Verkürzung der Rationen und gegen jede Preiserhöhung eintrat. Die gesetzliche

vielmehr jede sozialpolitische Tat in Deutschland bekämpft hat, und dessen Drahtziehern es überhaupt zuzuschreiben ist, wenn die Gewerkschaften genötigt waren, ihre sozialpolitischen Forderungen gegen die Arbeitgeber durchzusetzen. Aber trotzdem ist es nicht richtig, daß in unseren Gewerkschaften ein gemeinsames sozialpolitisches Vorgehen mit den Arbeitgebern abgelehnt wird. Den umfangreichsten Teil des deutschen Arbeiterschutzes haben wir gerade gemeinsam durchgeführt, u. a. in den Tarifverträgen. Und wiederum waren es die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ und ihre Hintermänner, die diesem sozialpolitischen Fortschritt im Wege standen und ihn bekämpften. In der Krankenversicherung haben wir in jahrzehntelangem Zusammenwirken mit den Arbeitgebervertretern erst jenes Gebäude geschaffen, das sich auch im Kriege geradezu glänzend bewährt hat. Die „Arbeitgeberzeitung“ hat ihre Hypothese also falsch formuliert; sie darf nicht sagen, die Gewerkschaftskreise vertreten die Auffassung, daß die Sozialpolitik nur gegen die Arbeitgeber betrieben werden muß, sondern es muß heißen: die Gewerkschaften haben die Erfahrung gemacht, daß die Sozialpolitik gegen das Scharfmachertum im Unternehmerlager durchgesetzt werden muß, daß aber das gemeinsame sozialpolitische Zusammenwirken zwischen Arbeitgebern und Arbeitern durchaus gute Wirkungen erzielen kann, sobald jener Scharfmachereinfluß niedergekämpft worden ist.

Und deswegen ist es auch unsinnig, uns zu unterstellen, wir seien gegen die Hinzuziehung der Arbeitgeber bei den Friedensverhandlungen. Dagegen haben wir wirklich nichts einzuwenden. Aber es ist nicht unseres Amtes, für die Arbeitgeber Forderungen zu erheben, und das hat sich wenigstens beim Ostfrieden auch nicht als nötig erwiesen, denn dieselbe Regierung, die für die Arbeiterforderungen keine Zeit fand, hat für eine gebührende Vertretung der Unternehmerinteressen doch gesorgt. Die „Arbeitgeberzeitung“ darf sich also beruhigen. Einstweilen noch können ihre Kreise den Gang der Dinge bei der deutschen Regierungsbureaucratie bestimmen.

Statistik und Volkswirtschaft.

Die Verteuerung von Handwerkszeug und Arbeitskleidung.

Die Ortsverwaltung Berlin des Zimmererverbandes hat aus Anlaß der bevorstehenden Lohndebatten im Berliner Baugewerbe eine Untersuchung über die Preisgestaltung für Arbeitskleidung, Stiefel und Handwerkszeug in einer Anzahl Berliner Verkaufsstellen veranstaltet. Dem jetzt im „Zimmerer“ veröffentlichten Ergebnis entnehmen wir folgende interessante Angaben.

Aufstellung der notwendigsten Werkzeuge eines Zimmerers nebst Verzeichnis der ermittelten Preise im Durchschnitt:

	1914	1918
	Mk.	Mk.
1 Art	3,50	14,—
1 Stichart	3,—	12,50
2 Hämmer	2,80	12,—
4 Sägen	8,—	26,—
5 Hobel	16,—	44,—
1 Klopffol	1,50	5,—
Uebertrag	34,80	113,50

	1914	1918
	Mk.	Mk.
Uebertrag	34,80	113,50
3 Stemmeisen	3,80	12,—
1 Winkeleisen	2,—	6,50
1 Holzwinkel	—,75	1,50
1 Holzschmiege	—,90	2,50
1 Stichsäge	—,50	1,50
1 Holzraspel	1,—	3,60
1 Holzfeile	1,—	3,60
1 Ziehklänge	—,30	1,—
1 Drauf mit Schraubenz.	1,50	6,50
6 kleine Bohrer	3,—	9,—
1 Aneizzange	1,—	5,—
1 Fuchsschwanz	1,75	6,—
1 Streichschale	—,75	2,—
1 Wasserwaage	2,—	6,50
1 Handjägerfeile	—,30	1,60
1 Schnur mit Rolle	2,—	7,—
1 Zollstock	—,75	2,—
1 Bleifeder	—,10	—,40
Summa	58,20	191,70

Die Preissteigerung beträgt demnach 230 Prozent.

Aufstellung der notwendigsten Arbeitskleidung eines Zimmerers nebst Verzeichnis der ermittelten Preise im Durchschnitt:

	1914	1918
	Mk.	Mk.
1 Arbeitsjacke	12,—	75,—
1 Arbeitshose	7,50	50,—
1 Arbeitsweste	3,50	20,—
1 Hemd	2,50	36,—
1 Hut	3,—	25,—
1 Taschentuch	—,50	4,50
1 Paar Strümpfe	1,50	18,—
1 „ Hosenträger	1,50	16,50
1 „ Stiefel	12,—	90,—
1 „ Stiefelsohlen	3,—	18,—
Summa	47,—	353,—

Die Preissteigerung beträgt demnach 651 Prozent.

Von der Verteuerung der Kleidung sind gewiß alle arbeitenden Volksschichten betroffen; die Feststellung einer Preissteigerung von 651 Prozent bei der Berufskleidung einer Handwerkskategorie kann dennoch nicht unberücksichtigt bleiben, wenn die Lohnverhältnisse beurteilt oder geregelt werden sollen. Das gilt natürlich noch mehr vom Werkzeug überall, wo die Arbeiter sich dieses selbst halten müssen, was im Grunde genommen eine Unsitte ist, die in einzelnen Berufen aber ein so ehrwürdiges Alter erreicht hat, daß ihre Beseitigung schwer zu erreichen bleibt.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Die Mitgliederzahl des Notenflechterverbandes ging im Jahre 1917 von 216 auf 177 zurück. Die Ursache des Rückganges ist die trostlose Lage des Gewerbes, die eine Verkürzung der Arbeitszeit notwendig machte und die es mit sich brachte, daß die Gehilfen trotz der Teuerungszulagen den Friedenslohn nicht mehr erzielen. Die Verbandseinnahmen betragen 12 713 Mk., die Ausgaben 17 367 Mk., darunter 14 177 Mk. für Unterstützungen. Das Verbandsvermögen beträgt 69 475 Mk.

Regelung der Arbeitsvermittlung wird von der Reichsregierung noch immer hinausgeschoben. Sie will sich für die Uebergangswirtschaft mit dem ins Leben gerufenen Centralauskunftsstellen begnügen. Dem Verlangen des Verbandes deutscher Arbeitnachweise, die Funktionen dieser Centralstellen seinen Bezirksverbänden zu übertragen, wurde sowohl von seiten der Arbeitgeberverbände als auch der Gewerkschaften widersprochen.

Der Bericht erörtert dann weiter die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in Deutschland, die Bestrebungen des Reichsverbandes für sparsame Bauweise, die Beitragsfestsetzung für die Gesellschaft für soziale Reform, die Differenzen in Leipzig und Braunschweig, die Beziehungen zu den ausländischen Gewerkschaften und die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag. In bezug auf letztere nahm der Reichstag am 21. März 1918 eine Resolution an, den Reichskanzler zu ersuchen, beim Abschluß der künftigen Friedensverträge dahin zu wirken, daß Vereinbarungen über Mindestforderungen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung zwischen den vertragschließenden Staaten herbeigeführt werden. Da auch durch diesen Reichstagsbeschluß die Sache nicht über den toten Punkt hinweggekommen ist, beabsichtigt die Generalkommission, mit dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund über die gegenseitige Entsendung von Rednern zur Aufklärung und Belebung dieser Bestrebungen zu verhandeln.

Im Anschluß an diesen Bericht gab der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, die bereits in Nr. 37 des „Corr.-Bl.“ veröffentlichte Erklärung gegen Compers ab, die gegen die Stimme des Vertreters des Vorstandes der Kürschner gutgeheißen und deren Veröffentlichung beschlossen wurde. Die darauf einsetzende Debatte zum Bericht der Generalkommission befaßte sich mit den Fragen der Reklamation von Gewerkschaftsfunktionären, den Grundrissen der Demobilisierung, der Auskunftsstelle vereinigter Verbände und der Beitragsfestsetzung zur Gesellschaft für soziale Reform. Ein Antrag des Vorstandes des Fabrikarbeiterverbandes, an Stelle des verstorbenen Genossen Döblin eine Ersatzwahl für die Generalkommission vorzunehmen, vereinigte nur zwei Stimmen auf sich. Für die weitere Behandlung der Frage des Arbeitskammergesetzes wurde auf Antrag Leiparts beschlossen, eine gemeinsame Konferenz aller Gewerkschaftsgruppen und Angestelltenverbände zu veranstalten und die Generalkommission mit den Vorverhandlungen zu betrauen.

Mit dem gegenwärtigen Stand der Volksernährung beschäftigten sich drei Anträge, die der Konferenz vorlagen. Ein Antrag der Gewerkschaften von Nürnberg-Fürth verlangt als Maßnahmen gegen die ungenügende Ernährung die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den Beratungskörperschaften der Kriegsernährung, sowie evtl. weitere Protestaktionen. Ein Antrag des Vorsitzenden des Dachdeckerverbandes, Thomas, empfiehlt eine Delegation an den Reichskanzler zu entsenden, um diesen über die verzweifelte Lage der Arbeiterschaft und ihre wachsende Erbitterung, besonders über die Preistreiberereien und den Wucher, zu unterrichten. Ein Antrag Leipart stützt sich auf die von Mitglieder der Gewerkschaften ausgehende Agitation für Arbeitszeitverkürzung, die er angesichts der unzureichenden Ernährung im Interesse der Arbeiter-

gesundheit billigt und dementsprechend gesetzliche Maßnahmen zur Einführung einer höchstens achtstündigen Arbeitszeit verlangt. Diese Forderung solle sich nicht gegen die Arbeitgeber richten. Einflüchtvolle Unternehmer hätten sich auch bereits zustimmend geäußert. Es solle deshalb auch auf freie Vereinbarungen mit den Arbeitgebern in diesem Sinne hingewirkt werden. Die Diskussion über diese Anträge war sehr ausgedehnt. Allgemein wurde die Entsendung einer Delegation an den Reichskanzler gebilligt. Wegen der Verkürzung der Arbeitszeit soll die Generalkommission zunächst mit den zuständigen Reichsstellen verhandeln. Die Zurückziehung der Gewerkschaftsvertreter aus den Ernährungsbeiräten wurde als arbeiter-schädigend zurückgewiesen. Fast ebenso einmütig verwarf man auch den in Arbeiterkreisen zum Ausdruck gebrachten Gedanken, durch Streiks eine Aenderung der Lage herbeizuführen. Die Anträge wurden schließlich der Generalkommission zur weiteren Behandlung überwiesen mit dem Auftrag, über den Erfolg ihrer Schritte der nächsten Vorstandskonferenz Bericht zu erstatten. Die Delegation an den Reichskanzler soll zur sofortigen Ausführung gebracht werden. In die Delegation wurden die Genossen Mehseke, Thomas, Páplow, Schmidt (Landarbeiter) und Waldhedecker gewählt. Ein Mitglied der G.-K. soll die Führung übernehmen.

Sodann berichtet die Vertreterin des Arbeiterinnensekretariats, Hanna, über die ungenügenden Erfolge der hinsichtlich der Ausbildung von Arbeitsvermittlerinnen unternommenen Schritte. Die Gewerkschaftsleitungen seien sich anscheinend über die Voraussetzungen, unter denen geeignete Arbeiterinnen vorgeschlagen werden sollten, nicht klar gewesen. Auch habe es vielfach am nötigen Interesse für diese Angelegenheit gemangelt. Die Generalkommission wurde beauftragt, für die Deckung der durch den Besuch der Kurse entstehenden Kosten aus Reichsmitteln einzutreten.

Auf Antrag der Angestellten der Generalkommission auf die Gewährung einer Teuerungszulage zu Lage beschloß die Konferenz, gemäß den Vorschlägen der hierfür eingekerkerten Gehaltskommission, allen Angestellten der G.-K. eine Teuerungszulage ab 1. Juli d. J. zu gewähren. Auch wurde eine den Teuerungsverhältnissen entsprechende Erhöhung der Konferenz- und Reisebedien beschlossen.

Ueber den Volksbund für Freiheit und Vaterland kam es zu einer lebhaften Aussprache, weil über die Bestrebungen dieser Organisation in Arbeiterkreisen vielfach das rechte Verständnis mangelt. Aber auch die ungenügende Wirksamkeit des Volksbundes wurde von mehreren Seiten kritisiert. Dagegen fanden die Anregungen, daß die Generalkommission, um die Opposition in Gewerkschaftskreisen zu entkräften, aus dem Volksbund austreten sollte, keine Mehrheit. Im Gegenteil war man überwiegend der Ansicht, daß der Volksbund noch einer stärkeren Mitwirkung der Gewerkschaften bedürfe und erst dann entbehrlich werde, wenn seine Ziele erreicht seien. Ein Antrag Simon, der den Austritt der Generalkommission aus dem Volksbund verlangt, wurde mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Zwischen den Vorständen der Verbände der Fabrikarbeiter und Porzellanarbeiter waren vor dem Kriege aus Anlaß eines Lohnkampfes in Elmshorn, bei dem es zum Streikbruch organisierter Arbeiter gekommen war, Streitigkeiten entstanden, deren Beilegung trotz wiederholter Vermittlung der Generalkommission nicht ge-

lungen war. Die Konferenz erklärt, daß es sich hier um einen Streit handle, bei dem alle Voraussetzungen der Bestimmungen der in München 1914 beschlossenen Verfassung über das Zusammenwirken der Gewerkschaften (Abschnitt B, Ziffer 3) gegeben seien. Danach sei ein Schiedsgericht einzusetzen, dessen Weisung je zur Hälfte durch die am Streit beteiligten Gewerkschaften zu ernennen seien und dessen Entscheid endgiltig sei. An die beiden in Frage kommenden Vorkände wurde appelliert, sich einem solchen Schiedsgericht zu stellen.

Schließlich fanden noch einige untergeordnete Fragen ihre Erledigung. Um Mißstände im *Werkwohnungswesen* festzustellen, soweit es sich um Lohnabzüge bei früheren Kriegsteilnehmern für Wohnungsmieten, die die Arbeitgeber bei Kriegsfrauen nicht erhoben hatten, soll eine Umfrage an die in Frage kommenden Verbände ergehen. Hinsichtlich der Beitragsbefreiung der an *Rehrkursen* teilnehmenden *Kriegsbeschädigten* wurde erklärt, daß eine einheitliche Regelung nicht angängig sei, da dieser Fall schon in den Satzungen einer Reihe von Gewerkschaften verschiedentlich geregelt sei. Im allgemeinen sei aber zu empfehlen, die Beteiligung an *Kriegsbeschädigtenkursen* der militärischen Dienstzeit gleichzustellen. Manche Unternehmer, die an die Familien ihrer zum Kriegsdienst eingezogenen Arbeiter jahrelange Unterstützung zahlten, stellen das Verlangen, daß diese Kriegsteilnehmer sich verpflichten, nach dem Kriegsdienst wieder in ihre alte Stellung zurückzugehen. Obwohl darin eine Beschränkung der Freizügigkeit liege, verpflichte doch ein gewisser Takt dazu, jahrelange Familienunterstützung nicht ohne Gegenleistung anzunehmen.

Von Seiten der Arbeitgeberverbände wird neuerdings mit großer Energie die Aufhebung des *Abf. 2 des § 152 der Gewerbeordnung* betrieben. Solange die Koalitionen jedoch nur geduldet werden, sei die Aufhebung des *Abf. 2 des § 152* weder dringlich noch erwünscht, da es an der nötigen Rechtssicherheit fehle. Erst wenn das Rechtsverhältnis der Koalitionen und ihrer Mitglieder seine gesetzliche Regelung gefunden haben wird, könne die Beseitigung des *Rücktrittsrechts* erwogen werden.

Da manche Gewerkschaften wiederholt *Material* über *Leuerungszulagen* für Gewerkschaftsangestellte bei anderen Verbänden gewünscht haben, so wurde die Generalkommission ermächtigt, halbjährlich eine Erhebung bei allen Verbandsvorständen über diese Angelegenheit zu veranstalten und die Ergebnisse den Vorständen zuzustellen.

Arbeiterversicherung.

Mehr Ausgestaltung der Krankenkassen!

Schon die *Reichsversicherungsordnung* läßt den einzelnen Kassen viel Spielraum in der Ausgestaltung der Kasseneinrichtungen. Eine ganze Reihe von Dingen sind als „*Mehrleistungen*“ vorgesehen und den Kassen zur Einführung anheimgestellt. Häufig können freilich die *Kassenverwaltungen* nicht über ihre Kraft und oft stößt sich der gute Wille zur Erweiterung der Fürsorge an dem Widerstand der Arbeitgeber (soweit eine Erhöhung der *Kassenbeiträge* damit verbunden ist), an den unerhörten Forderungen der Ärzte (wenn z. B. die *Familienhilfe* eingeführt werden soll) usw. Verschiedene Verbesserungen können aber auch vorgenommen werden, ohne daß diese Hindernisse zu überwinden sind, so-

fern nur die nötige sozialpolitische Einsicht und der gute Wille dazu vorhanden sind. Um nur auf eines hinzuweisen: sehr groß ist z. B. noch die Zahl der Krankenkassen, bei denen die Mitglieder in die verschiedenen Klassen nicht nach ihrem Arbeitsverdienst, sondern nach Stand, Beruf oder Alter eingeteilt werden. Dadurch können die *Grundlöhne* zur Bemessung der *Barleistungen* nur allzusehr nach Willkür festgesetzt werden und es gibt daher in Wirklichkeit heute noch Klassen, die an Krankengeld für erwachsene männliche Arbeiter nur 1 M. bis 1,50 M. täglich bezahlen. Sehr ungenügend ist es in dieser Hinsicht besonders bei den Betriebs- und Innungskrankenkassen bestellt. Die veraltete Einteilung der Mitglieder anders als nach Lohnstufen sollte überhaupt beseitigt werden. Solange das nicht, wie es in Oesterreich schon geschehen ist, auf gesetzlichem Wege erreicht wird, sollten es die Klassen aus eigener Entschlieung tun.

Die *Bundesratsverordnung* vom 22. November 1917 gibt die Möglichkeit, die *Grundlöhne* zur Bemessung der *Barleistungen* über die in § 180 der *Reichsversicherungsordnung* vorgesehenen Grenzen bis auf 10 M. für den Tag zu erhöhen, außerdem das Krankengeld und *Wohngeld* nach den Familienverhältnissen der Versicherten abzustufen. Es muß aber mit Bedauern festgestellt werden, daß ein außerordentlich großer Teil der Kassen, namentlich die Betriebs- und Innungskassen, von jenen durch die *Bundesratsverordnung* gegebenen Möglichkeiten noch keinen Gebrauch gemacht hat. Auf eine Anfrage erteilte zu Beginn dieses Jahres das *Reichswirtschaftsamt* die Antwort, daß jene *Verordnung* „*zwingendes Recht*“ aufstelle und daß alle Kassen, gleichviel in welcher Weise sie die *Grundlöhne* berechnen, bis zu 8 M. gehen müssen, und daß jene Kassen, die das *Lohnstufensystem* eingeführt haben, darüber hinaus bis zu 10 M. gehen können. Nach den Vorschriften der *Reichsversicherungsordnung* müsse der *Grundlohn* stets bis mindestens zu 5 M. gehen. Da die *Verordnung* diese Sätze erhöht habe, gelten jetzt die gesetzlichen Vorschriften auch für diese erhöhten Sätze. Von anderer „*wirtschaftlicher*“ Seite ist (wie könnte es auch anders sein?) die Wichtigkeit der Auffassung des *Reichswirtschaftsamtes* bestritten worden. Jemande weitere oder andere Anweisung oder Entscheidung (vielleicht des *Reichsversicherungsamtes*) ist bislang nicht ergangen, auch die sonstigen *Versicherungsbehörden*, wie *Oberversicherungsämter* und *Versicherungsämter*, haben, von Ausnahmen abgesehen, im allgemeinen nichts oder nicht viel getan, um den Neuerungen zur weiteren Einführung zu verhelfen. — Es sei hier noch besonders darauf verwiesen, daß die Anfügung neuer *Lohnstufen* nach oben nicht nur den besser entlohten Versicherten ein höheres Krankengeld verschafft, sondern auch allgemein die *Geldmittel* der Kasse aufbessert. Es werden — wie es sozialpolitisch ganz richtig ist — die Leute mit sicheren Einkommen zu entsprechend höheren Abgaben herangezogen. Die höheren Einnahmen werden durch die Mehrausgaben an Krankengeld nicht ausgeglichen, da die Aufwendungen für Arzt, Heilmittel usw. dieselben bleiben. Es werden hierdurch Gelder für den so dringenden Ausbau der Unterstützungen der *Krankenkassen* frei.

Noch weniger Gebrauch ist von der Möglichkeit der Anpassung des Krankengeldes an die Familienverhältnisse der Versicherten gemacht worden. Eine Anzahl großer Ortskrankenkassen, wie *Düsseldorf*, *Wiesbaden* usw., haben eine Abstufung nach der *Ein-*